



Braunschweig

Bundestagswahl 2017

# Wahlprogramme der Parteien im Vergleich zu ausgewählten gewerkschaftlichen Themen

# Aussagen zu: Arbeit 4.0



Braunschweig

CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
<p>Vermittlung und Re-Integration von Langzeitarbeitslosen in Arbeitsmarkt.</p> <p>Keine Konkretisierungen zu Qualifizierung.</p> <p>Abbau unnötiger Bürokratie bei Mindestlohn.</p> <p>Bedeutung industrieller Arbeitsplätze und Industrie 4.0, u.a. Nennung von Maschinenbau &amp; Automobilindust.</p>	<p>Arbeitsversicherung (mit berufsbegleitender Qualifizierung).</p> <p>Einführung Erwerbstätigenkonto und ALGQ.</p> <p>Initiativrecht für BR für Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.</p>	<p>Arbeitsversicherung (mit berufsbegleitender Qualifizierung).</p> <p>Ausbau der Mitbestimmungsrechte.</p> <p>Weiterbildung und Personalentwicklung: Unkonkret.</p>	<p>Kein Zwang zur Aufnahme von Erwerbsarbeit.</p> <p>Recht auf Weiterbildung.</p> <p>Finanzierung durch unternehmensfinanz. Weiterbildungsfonds.</p> <p>Mitbestimmungs- und Vetorechte für BR und Beschäftigte bei Personalplanung &amp; Arbeitszeiten.</p>	<p>Flexiblen Arbeitsmarkt verteidigen</p> <p>Mitbestimmung: Fehlanzeige.</p> <p>Betriebliche Weiterbildung: Fehlanzeige.</p>	<p>Mitbestimmung: Fehlanzeige.</p> <p>Betriebliche Weiterbildung: Fehlanzeige.</p> <p>Qualifizierung von Arbeitslosen an Bedarfe der Wirtschaft anpassen.</p>

# Aussagen zu: Prekäre Beschäftigung



Braunschweig

CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
<p>Kampf gegen Missbrauch bei befristeten Stellen, aber keine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.</p> <p>Regelmäßige Anpassung der Verdienstgrenze für Minijobs („mitwachsender Minijob“)</p>	<p>Stärkung der Mitbestimmung beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, z.B. bei Werkverträgen.</p> <p>Abschaffung sachgrundloser Befristungen.</p>	<p>Ausbau der Mitbestimmungsrechte.</p> <p>Keine konkreten Aussagen zu Werkverträgen.</p> <p>Abschaffung sachgrundloser Befristungen.</p>	<p>Abschaffung sachgrundloser Befristungen.</p> <p>Verbot von Kettenbefristungen.</p> <p>Einsatz von Leiharbeitern/ Vergabe von Werkverträgen nur bei Zustimmung BR und Einhaltung bestehender Tarifverträge.</p>	<p>Zeitarbeit und Befristungen sollen nicht eingeschränkt werden.</p> <p>Abbau von Regulierungen bei Zeitarbeit.</p>	<p>Gesetzliche Obergrenze von 15 % der Beschäftigten mit Leih- und Werkverträgen in Unternehmen sowie „equal treatment“ nach sechs Monaten.</p>

# Aussagen zu: Tarifbindung



Braunschweig

CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
<p>Generelles Bekenntnis zur Stärkung der Tarifbindung.</p> <p>Zusätzliche Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume für tarifgebundene Unternehmen.</p>	<p>Generelles Bekenntnis zur Stärkung der Tarifbindung.</p> <p>Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen.</p>	<p>Generelles Bekenntnis zur Tarifbindung.</p> <p>Tarifverträge sollen leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können.</p>	<p>Fortgeltung von bestehenden Tarifverträgen bei Auslagerungen in nicht tarifgebundene Unternehmen.</p> <p>Gilt auch für neu Eingestellte.</p>	<p>Tarifbindung: Fehlanzeige.</p> <p>Mitbestimmung: Fehlanzeige.</p>	<p>Tarifbindung: Fehlanzeige.</p> <p>Mitbestimmung: Fehlanzeige.</p>

# Aussagen zu: Arbeitszeit



Braunschweig

CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
<p>Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ab bestimmter Betriebsgröße.</p> <p>Zusätzliche Spielräume zur Flexibilisierung im Arbeitszeitrecht für Tarifpartner schaffen (gemäß europ. Arbeitszeitrichtlinie).</p>	<p>Einführung Wahlarbeitszeitgesetz.</p> <p>Mehr Wahlmöglichkeiten bei Arbeitszeit und Arbeitsort für Beschäftigte.</p> <p>Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.</p> <p>Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung für Erziehung und Pflege.</p>	<p>Einführung einer flexiblen Vollzeit von 30-40 Stunden.</p> <p>Entgeltaufstockung für Qualifizierung-, Pflege- und Familienzeiten.</p>	<p>Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std. bei Lohn- und Personalausgl.</p> <p>Recht auf Teilzeit und vorherige Arbeitszeit.</p> <p>Auszeitenregelungen.</p> <p>Kontrolle von Überstunden und ArbZG durch BR.</p> <p>Entgeltausgleich (min. 70%) durch Arbeitgeber bei Arbeitszeitreduzierung für Weiterbildung.</p>	<p>Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes.</p> <p>Gesetzl. tägliche Höchstarbeitszeit abschaffen.</p> <p>Keine Ruhezeiten in nicht sicherheitsrel. Bereichen.</p> <p>Kein Rückkehrrecht, kein Entgeltausgleich für Arbeitszeitreduzierung, dafür Förderung von Langzeitkonten.</p>	<p>Arbeitszeit: Fehlanzeige.</p>

# Aussagen zu: Sozialversicherung



Braunschweig

CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
<p>Bis 2030 kein Handlungsbedarf für GRV. Ausnahme: Erwerbsminderungsrente.</p> <p>Für die Zeit nach 2030 Rentenkommission.</p> <p>Keine Aussage zur paritätischen Finanzierung der GKV.</p>	<p>Rentenniveau 48%, Beiträge 22% bis 2030.</p> <p>Solidarrente 10% über Grundsicherung.</p> <p>Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters.</p> <p>Rückkehr zur Parität, Abschaffung Zusatzbeiträge in GKV.</p> <p>Einführung Bürgerversicherung.</p>	<p>Keine Absenkung des Rentenniveaus. Steuerfinanzierte Garantierente. Ziel: Bürgerversicherung für Rente, Gesundheit und Pflege.</p> <p>Stärkung privater Vorsorge und baV.</p> <p>Rückkehr zur Parität, Abschaffung Zusatzbeiträge</p>	<p>Rentenniveau 53%.</p> <p>1.050 Euro Mindestrente.</p> <p>Rente ab 65 oder nach 40 Beitragsjahren ab 60.</p> <p>Rückkehr zur Parität, Abschaffung Zusatzbeiträge.</p> <p>Solidarische Gesundheitsversicherung.</p> <p>Abschaffung PKV (Beitrag 12%).</p>	<p>Rentenhöhe bei Lebenserwartung der jeweiligen Generation.</p> <p>Flexibilisierung Rentenalter: ab 60 individuelle Entscheidung: Länger arbeiten = mehr Rente.</p> <p>Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge.</p> <p>Keine Parität in der Krankenversicherung.</p> <p>Umbau zu freiheitlicher GKV; Stärkung PKV.</p>	<p>Rentenniveau: Fehlanzeige.</p> <p>Rente nach Erreichen einer Lebensarbeitszeit (45 Jahre).</p> <p>Grundsicherung im Alter.</p> <p>Mitfinanzierung der Rente aus Steuermitteln.</p> <p>Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.</p> <p>Paritätische Finanzierung von GKV/PKV.</p>

# Bundestagswahlkampf: Die Kampagne



Braunschweig

## ENTSCHIEDEN DAFÜR.

Die Kampagne zur Bundestagswahl 2017

Politik für alle – sicher,  
gerecht und selbstbestimmt



### ENTSCHIEDEN DAFÜR: ARBEITSZEITEN, DIE ZUM LEBEN PASSEN!

Ergebnisse der Befragung 2017:  
- 96 Prozent fordern ein Recht auf Abschalten (Ruhezell).  
- 84 Prozent fordern einen Entgeltausgleich für Auszeiten wegen Kindern, Pflege, Bildung.  
- 90 Prozent fordern ein Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit.

FÜR MEHR DRUCK IN BETRIEB UND POLITIK:  
JETZT MITGLIED WERDEN!  
[igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)



### ENTSCHIEDEN DAFÜR: PERSPEKTIVEN FÜR ALLE IN DER ARBEIT VON MORGEN!

Ergebnisse der Befragung 2017:  
- 93 Prozent fordern berufliche Perspektiven und Sicherheit in der Industrie 4.0 für alle.  
- 93 Prozent fordern ein Recht auf berufliche Fortbildung.  
- 89 Prozent fordern die Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen und Minijobs.

FÜR MEHR DRUCK IN BETRIEB UND POLITIK:  
JETZT MITGLIED WERDEN!  
[igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)



### ENTSCHIEDEN DAFÜR: GERECHTIGKEIT DURCH MEHR TARIFVERTRÄGE!

Ergebnisse der Befragung 2017:  
- 90 Prozent fordern ein Verbot von Tariflücke durch Auslagerungen.  
- 91 Prozent fordern gleiche Chancen und gleiches Geld für Frauen und Männer.

FÜR MEHR DRUCK IN BETRIEB UND POLITIK:  
JETZT MITGLIED WERDEN!  
[igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)



### ENTSCHIEDEN DAFÜR: SOZIALE SICHERHEIT, FAIR FINANZIERT!

Ergebnisse der Befragung 2017:  
- 95 Prozent fordern gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitgeber und Beschäftigte.  
- 89 Prozent fordern ein höheres Renteniveau, auch wenn dadurch Beiträge steigen.  
- 93 Prozent fordern einen Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente.

FÜR MEHR DRUCK IN BETRIEB UND POLITIK:  
JETZT MITGLIED WERDEN!  
[igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)



Bundestagswahl 2017